



Einleitung. Reimer Kay Holander zählt zu den Gründern des Nordfriesischen Instituts (Nordfriisk Instituut) in Bredstedt (Bräist). Er war hier von 1965 bis 1986 als Lektor und Geschäftsführer tätig. Das Institut bildet die zentrale wissenschaftliche Einrichtung in Nordfriesland für die Pflege, Förderung und Erforschung der friesischen Sprache, Geschichte und Kultur.

Holander hat die weithin hoch angesehene Zeitschrift „Nordfriesland“, die vor allem über geschichtliche, gegenwärtige und zukünftige politische, kulturelle und wirtschaftliche Probleme der Region berichtet und diese auch kommentiert, begründet und als Redakteur in den 21 Jahren seiner Tätigkeit gestaltet. Er war es auch, der den Verlag Nordfriisk Instituut gründete. Als Lektor hat Holander über Fragen der Geschichte, Literatur, Landeskunde und Landesplanung Nordfrieslands geforscht, vorgetragen und geschrieben. In der langen Liste der von ihm veröffentlichten Monographien und Aufsätze findet man eine Vielfalt von Themen, zu denen er sich sachkundig und mit gewandter Feder geäußert hat.

Holander hat in Bredstedt keineswegs ein beschauliches Leben als Forscher und Schriftsteller führen können. In zahlreichen aufklärenden und anregenden Vorträgen hat er den Nordfriesen über ihre Vergangenheit, Gegenwart und zukünftigen Möglichkeiten berichtet, natürlich auch über die Arbeiten und Ziele des Instituts.

Dessen Existenz war noch bis weit in die siebziger Jahre hinein innerhalb und teils auch außerhalb Nordfrieslands stark umstritten. „Traditionell“ ausgerichtete Personen und Gruppen zeigten wenig und zum Teil gar kein Verständnis für die moderne wissenschaftliche, aufklärende Arbeit des Instituts. Sie hätten es lieber gesehen, wenn es Heimatabende in herkömmlicher Weise und andere „volkstümliche“ Veranstaltungen durchgeführt hätte.

Vor allem aber war das Institut denjenigen suspekt, die seine „übernationale Haltung“ ablehnten. Das Institut sollte und wollte von Anfang an dazu beitragen, den Gegensatz zwischen den „nationalen“, das heißt dänisch orientierten, und den deutsch eingestellten Friesen zu überwinden, indem es mit den Vereinen beider Gruppen zusammenarbeitete und sich mit genuin *friesischen* Themen und Problemen auseinandersetzte. Das gebot die schlichte Vernunft und gewiss nicht weniger die politische und geistig-kulturelle Situation hiezulande in den sechziger und mehr noch in den siebziger Jahren. Seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 hatte sich das deutsch-dänische Verhältnis im Landesteil Schleswig in mancher Hinsicht entspannt; an die Stelle der Konfrontation trat mehr und mehr eine friedliche Koexistenz, aus der sich in zunehmendem Maße eine sachliche Zusammenarbeit auf manchen Gebieten entwickelte. Die Nordfriesen – und hier besonders die deutsch orientierten – hielten am Konfrontationskurs fest, so dass in Nordfriesland immer noch ein anachronistisch anmutender Nationalkonflikt ausgetragen wurde – übrigens sehr zum Schaden der „nordfriesi-

Reimer Kay Holander: Kurt Hamer und sein „Modell Nordfriesland“

Zu zwei Dokumentationen

Mit einer Einleitung von
Manfred Jessen-Klingenberg

Bild rechts:

Kurt Hamer im Parlament

schen Sache“, das heißt der Förderung und Pflege der Sprache, der Kultur und der Entwicklung der friesischen Region.

Es ist hier nicht der Ort, die meist mit großer Leidenschaft geführten Auseinandersetzungen um das Nordfriesische Institut zu schildern. Wohl aber sei gesagt, dass Reimer Kay Holander neben seiner Arbeit als Geschäftsführer, Lektor und Redakteur in zahllosen Aufsätzen, Vorträgen und Diskussionen für die Existenz und die Arbeitsfähigkeit des Instituts gekämpft hat. Ohne seinen sachkundigen und engagierten Einsatz hätte das Nordfriesische Institut den Anfeindungen möglicherweise kaum widerstehen können.

Der Kreis Nordfriesland vergibt in jedem Jahr den Hans-Momsen-Preis für beachtliche ehrenamtliche kulturelle Leistungen an verdiente Persönlichkeiten. 2005 wurde Reimer Kay Holander mit diesem Preis ausgezeichnet. *Manfred Jessen-Klingenberg*

Kurt Hamer und sein „Modell Nordfriesland“. Kurt Hamer (1926-1991), schleswig-holsteinischer Sozialdemokrat, war ein bedeutender Kommunal- und Landespolitiker, der sich nicht zuletzt im Schleswiger Grenzland und so auch in Nordfriesland als Minderheitenpolitiker einen Namen gemacht hat. So war es zu begrüßen, als im Jahre 2003 eine Veröffentlichung der Gesellschaft für Politik und Bildung e.V. erschien, in der Hamers Verdienste erstmals mit Artikeln, Dokumenten und Bibliographien umfassend gewürdigt worden sind.¹ Und neuerdings ist im Verlag des Nordfriisk Instituut eine Schrift herausgekommen, deren Herausgeber Thomas Steensen bereits an der vorerwähnten Veröffentlichung mitgearbeitet hatte, eine Schrift, die nun den Blick speziell auf Kurt Hamers Wirken für die Friesen in Nordfriesland lenkt und dieses dokumentiert – eine sicher nicht nur für Nordfriesland interessante, aber gerade für sie ganz notwendige Ergänzung zum Thema.²

Hier ist die Frage zu behandeln, wie es dazu kam, dass Kurt Hamer, nachdem er sein Interesse frühzeitig schon der deutschen Minderheit in Nordschleswig, bald auch der dänischen Minderheit in Südschleswig zugewandt hatte, sich seit den achtziger Jahren nun auch zunehmend der Angelegenheiten der Nordfriesen annahm - die Frage also nach der Vorgeschichte dieses Engagements, das in dem „Modell Nordfriesland“ seinen krönenden Abschluss gefunden hat.

Es ist dabei unvermeidlich, dass ich in diesem Zusammenhang auch von mir selber spreche, als Zeitzeuge wie auch als selber Handelnder, und ich bitte um Verständnis dafür, dass ich das ohne Umschweife tue, unter Verzicht auf alle Floskeln vorgeblicher Bescheidenheit. Vorausschicken muss ich ferner, dass ich in den Jahren 1972-1986 als bürgerliches Mitglied in der SPD-Fraktion des Kreistags Nordfriesland tätig war, vorwiegend im Kulturausschuss beziehungsweise dem Beirat der Stiftung Nordfriesland; übrigens mit der ausdrücklichen Zustimmung des Vorstands des Vereins Nordfriesisches Institut, des Trägervereins des Nordfriisk Instituut in Bredstedt. Die Verbindung meiner beruflichen Tätigkeit als Lektor und

¹ Uwe Danker, Eva Nowotny (Hg.): Kurt Hamer – Landespolitiker und Grenzlandbeauftragter. Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V. Sonderveröffentlichung Nr. 21. Schleswig-Holsteinischer Geschichtsverlag, Malente 2003.

² Kurt Hamer und die Nordfriesen. Eine Dokumentation. Herausgegeben von Thomas Steensen. NF-Texte aus dem Nordfriisk-Instituut Nr. 6. Verlag Nordfriisk Instituut, Bräist/Bredstedt 2006.



Geschäftsführer im Nordfriisk Instituut und die politische Arbeit in der SPD haben sicher beiden, dem Institut wie der Partei, nicht geschadet, auch wenn ich bei der Behandlung von Fragen, die das Institut beziehungsweise seinen Trägerverein betrafen, in Ausschusssitzungen den Raum verlassen musste.

Die Vorgeschichte nun, über die hier zu berichten ist, beginnt gleichsam mit einem Sprung der Nordfriesen in die „große“ Politik. Gelegentlich eines Besuches von Bundeskanzler Helmut Schmidt bei der dänischen Minderheit in Flensburg Mitte Dezember 1978 machte Carsten Boysen, Vorsitzender der Foriining for nationale Friiske, den Kanzler auf die Existenz der friesischen Volksgruppe aufmerksam und lud ihn zu einem Besuch nach Nordfriesland ein, der auch zugesagt wurde. Zur Vorbereitung dieses Besuches verfasste ich zwei Memoranden, „Die Friesen in Nordfriesland“ vom 16. Januar 1979 sowie „Die Friesen in der Bundesrepublik“ vom 29. März 1979, die den Kanzler mit den friesischen Zuständen und Problemen vertraut machen sollten und abschließend die Frage aufwarfen, was die Übernahme friesischer Angelegenheiten in die Kompetenz des Bundes bedeuten könnte. Beide Memoranden wurden im Namen des Nordfriisk Instituut von Vorstandsmitgliedern des Vereins Nordfriesisches Institut dem Bundeskanzler zugeleitet. Nach einem Informationsbesuch des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Hans-Jürgen Wischniewski, in Nordfriesland fand dann am 28. August 1979 das Treffen Helmut Schmidts mit Vertretern der friesischen Organisationen in der Gaststätte Bongsiel statt.³

In einer Aktennotiz „Nach dem Kanzlerbesuch in Nordfriesland – Einige Folgerungen“ vom 17. Oktober 1979 für die SPD-Kreistagsfraktion habe ich einige Gedanken zur friesischen Politik und zur Politik der SPD in Nordfriesland niedergelegt und die Bildung einer Arbeitsgruppe „Friesische Angelegenheiten“ („eine sehr schöne Formulierung“, wie Kurt Hamer später einmal befand) angeregt. Auf Initiative des Kreis- und Fraktionsvorsitzenden, Hanns-Joachim Kuchenbecker, Bredstedt, wurde bald darauf eine solche Arbeitsgruppe gebildet, vorwiegend aus Mitgliedern des Arbeitskreises Kultur der Kreistagsfraktion, aber auch anderen interessierten Mitgliedern der Partei. An den einigermaßen regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Arbeitsgruppe unter Leitung Kuchenbeckers nahmen in wechselnder Zusammensetzung in der Regel vier bis sechs Personen teil. Mir wurde die Funktion eines Sekretärs übertragen.

Bis zum Ende der laufenden Kommunalperiode hat diese Arbeitsgruppe dann intensiv gearbeitet, dabei unter anderem auch Informationsbesuche in Ost- und Westfriesland absolviert. Ein besonderes Ergebnis dieser Arbeit ist, angeregt durch die „Flensburger Erklärung“ des Landesverbandes, die von mir konzipierte und in der Arbeitsgruppe abschließend formulierte „Niebüller Erklärung“ zur Stellung der Friesen in Nordfriesland, die auf einem Außerordentlichen Parteitag des SPD-Kreisverbands am 24. Januar 1982 in Niebüll angenommen wurde. Einen gewissen Abschluss fand die Arbeit der Arbeitsgruppe mit einem von mir vorgelegten und in der Arbeits-

³ Vgl. hierzu R. K. Holander: Staatsbesuch privat. Der Bundeskanzler in Nordfriesland. In: Nordfriesland 50/51, November 1979, S. 116 ff.

gruppe redigierten „Bericht und Memorandum betr. Friesische Angelegenheiten“ an den Kreisvorstand der SPD Nordfriesland vom 6. August 1982, der, ausführlich dokumentiert, von Heinz Georg Boyesen, Gisela Christian, Reimer Kay Holander und Hanns-Joachim Kuchenbecker vorgelegt wurde und unter anderem auch dem Landesverband der Partei sowie der SPD-Landtagsfraktion zur Kenntnis gegeben worden ist.

Kurt Hamer hat dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zwei Jahrzehnte lang, von 1967 bis 1987, angehört, seit 1975 als dessen 1. Vizepräsident. Bereits in den siebziger Jahren wird er vereinzelt in Grenzland- und Minderheitenfragen aktiv, aber erst in der 1983 beginnenden 10. Legislaturperiode setzt sein gezieltes intensives Engagement als minderheitenpolitischer Sprecher der Fraktion ein. In dieser Eigenschaft hat er mit Mitgliedern des Arbeitskreises Kultur der Landtagsfraktion auch das Nordfriisk Instituut besucht, so am 13. April 1983 und am 11. Dezember 1985, später noch einmal am 31. August 1987. Schon bei den ersten Besuchen im Institut zeigte es sich, dass er sich auch speziell über die friesischen Verhältnisse und Probleme schon bemerkenswert gründlich informiert hatte.

Gelegentlich einer Begegnung Anfang Juni 1987 in Schleswig hat Kurt Hamer mich noch einmal auf meine Tätigkeit im Nordfriisk Instituut wie auch auf meine Aktivitäten in der SPD-Kreistagsfraktion angesprochen, hat von seinen Gedanken in Bezug auf die friesische Problematik gesprochen und mich um meine weitere Unterstützung in dieser Sache gebeten, die ich ihm zusagte. Noch im gleichen Monat Juni sprach er im Landtag davon, dass man von einer Amateurhaftigkeit der staatlichen Förderung des Friesischen, so gut gemeint sie auch sei, zu einem langfristigen Förderkonzept kommen müsse, das den besonderen Status der Friesen anerkenne. Eine Forderung, die er später in seinem „Modell Nordfriesland“ konkretisiert hat.⁴

Kurt Hamer hat diesen Begriff „Modell Nordfriesland“, auch wenn er damit verbundene Gedanken schon vorher geäußert hat, meines Wissens erstmals öffentlich verwendet, als er in seiner Eigenschaft als Grenzlandbeauftragter des Ministerpräsidenten zur Tagung „Friesen heute“ vom 17.-19. November 1989 in der Akademie Sankelmark ein Grußwort überbrachte. Ministerpräsident Björn Engholm hatte mit Schreiben vom 25. Oktober 1988 Kurt Hamer zu seinem „Beauftragten für Fragen der deutschen und der dänischen Minderheit und für friesische Angelegenheiten (Grenzlandbeauftragter)“ berufen. In dieser ehrenamtlichen Tätigkeit hat Kurt Hamer dann in der ihm noch verbleibenden kurzen Lebenszeit Wesentliches leisten und bewirken können, nicht zuletzt auch in dem Gremium für Fragen der friesischen Bevölkerungsgruppe beim Schleswig-Holsteinischen Landtag sowie im Kuratorium des Nordfriisk Instituut. Hierüber ist von berufener Seite in den beiden eingangs genannten Veröffentlichungen ausführlich – wenn auch hoffentlich nicht abschließend – berichtet worden.

⁴ Vgl. Nachlass R. K. Holander im Nordfriisk Instituut. Hier auch der Text der beiden Memoranden für den Bundeskanzler.

Und das „Modell Nordfriesland“? Nach einem letzten Gespräch in seinem Haus in Nortorf am 27. März 1990 schickte Kurt Hamer mir mit einem Brief vom 20. April 1990 einen Text „Zur Arbeit des Grenzland- und Minderheitenbeauftragten unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit in Bezug auf Nordfriesland“, datiert „im April 1990“. In seinem Brief erwähnt er, dass dieser „Bericht“, wie er es nennt, „in diesen Tagen an alle SPD-Kreisvorstands- und Kreistagsfraktionsvorstandsmitglieder sowie an die nordfriesischen MdL's und das MdB“ gehe. Der „Bericht“ ist in folgende Abschnitte gegliedert: Aufgabe; Bisherige Tätigkeit; Politik für die Volksgruppe der Friesen; Änderung der schleswig-holsteinischen Verfassung; Förderung der plattdeutschen Sprache; Zusammenarbeit mit den deutschen Grenzvereinen.

Der Begriff „Modell Nordfriesland“ kommt in seinem Text nicht vor. Und doch denke ich, dass wir in diesem „Bericht“ das vor uns haben, was Kurt Hamer sich in jahrelangem Bemühen unter diesem Arbeitstitel an Kenntnissen, Erkenntnissen und zukunftsweisenden Gedanken erarbeitet hat. Er hat uns damit noch wenige Monate vor seinem Tod, sichtbar schon von der Krankheit gezeichnet, ein unschätzbares Vermächtnis hinterlassen.

Kurt Hamer

Grenzlandbeauftragter
des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein

2300 KIEL 1, ~~2300~~ im April 1990
POSTFACH 3309
Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70
Telefon 59 61 / Durchwahl 596

Privat:
Am Stadtpark 44
2353 Nortorf
Telefon 0 43 92/52 41

Zur Arbeit des Grenzland- und Minderheitenbeauftragten unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit in Bezug auf Nordfriesland

Aufgabe

Mit Schreiben vom 25.10.1988 hat mich der Ministerpräsident zu seinem Beauftragten für Fragen der deutschen und der dänischen Minderheit und für friesische Angelegenheiten (Grenzlandbeauftragter) berufen. Ich bin ehrenamtlich tätig und somit nicht Teil der Verwaltung.

Meine Aufgaben sind:

- Beratung des Ministerpräsidenten in Fragen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig und der dänischen Minderheit im Landes-
teil Schleswig;
- Pflege des Kontaktes zu deren Organisationen, Einrichtungen etc.
und Förderung der Anliegen der beiden nationalen Minderheiten;
- Beratung des Ministerpräsidenten in Angelegenheiten der frie-
sischen Volksgruppe sowie Kontaktpflege zu deren Organisationen,
Einrichtungen etc. und Förderung der Anliegen der Friesen;
- Unterhaltung der Kontakte zu den deutschen Grenzverbänden und
ihren Einrichtungen;
- unbeschadet der Zuständigkeit der Ressorts, beratende und koor-
dinierende Einschaltung bei allen die Minderheiten und die
deutschen Grenzverbände berührenden Fragen.

Ich bin von der Landesregierung als Mitglied im Gremium für Fragen
der friesischen Bevölkerungsgruppe beim Landtag benannt worden und
werde zu den Sitzungen des Gremiums für Fragen der deutschen Min-
derheit in Nordschleswig beim Landtag eingeladen.

...

Inwieweit ich tatsächlich Einfluß nehmen kann, hängt von meinem Engagement ab und der Bereitschaft der Minderheiten und Grenzverbände sowie der Verwaltung, aber auch der Parteien und Fraktionen, von der Institution "Grenzlandbeauftragter" Gebrauch zu machen und mit mir zusammenzuarbeiten. Hauptsächlich werde ich also auf drei Wegen tätig:

- Man tritt von seiten der Minderheiten und der Grenzverbände mit Anliegen an mich heran oder gibt mir Vorgänge zur Kenntnis;
- ich werde aus den Ressorts um Mitwirkung und Stellungnahme gebeten oder werde über Vorgänge informiert;
- ich werde von mir aus tätig, indem ich Kontakte pflege, Gespräche führe oder bestimmten Fragen nachgehe.

Bisherige Tätigkeit

Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich mich als Interessenvertreter der Minderheiten verstehe. Im Vordergrund standen dabei die Anliegen der Friesen. Sie haben sich erst in den letzten Jahren als Volksgruppe formiert und deshalb, was Anerkennung und Förderung angeht, gegenüber den nationalen Minderheiten der Deutschen in Nordschleswig und der Dänen bei uns einen erheblichen Nachholbedarf. Ich bin aber auch wiederholt dafür eingetreten, daß die Kreise und Gemeinden ihre Pflicht gegenüber der dänischen Minderheit tun.

Zum anderen war mir daran gelegen, immer wieder, vor allem in Vorträgen und Artikeln, die Grundsätze sozialdemokratischer Minderheitenpolitik zu erläutern und insbesondere gegenüber den Minderheiten und den Grenzverbänden, aber auch der eigenen Partei zu vertreten.

...

Es gibt keinen Zweifel, daß unsere Minderheitenpolitik bei den Minderheiten selbst uneingeschränkte Zustimmung findet. Auch bei den deutschen Grenzverbänden wächst das Verständnis für eine Politik, die im Sinne der bevorstehenden Novellierung der Landesverfassung von dem Grundsatz ausgeht, daß Minderheiten historisch gewachsene Ansprüche haben, daß sie aufgrund allgemeiner Menschenrechtserklärungen und spezieller Deklarationen und Verfassungsgrundsätze bestimmte Rechte haben, daß sie kulturell eine Bereicherung sind und daß sie deshalb von Land, Kreisen und Gemeinden zu schützen und zu fördern sind. Dabei dürfen Schutz und Förderung nicht vom politischen Wohlverhalten der Minderheiten abhängig gemacht werden.

Unterstützt wurde von mir auch das Bestreben der Minderheiten, durch die Europäische Gemeinschaft und den Europarat zu einer rechtlich gesicherten Anerkennung von nationalen, ethnischen und Sprachminderheiten zu gelangen. Ich trete jedoch nicht für eine Addition aller denkbaren Minderheitenrechte ein, sondern für die Kodifizierung verbindlicher Grundsätze, die von den einzelnen Staaten nach ihren Gegebenheiten zu konkretisieren sind.

Politik für die Volksgruppe der Friesen

Ohne darlegen zu wollen, was minderheitenpolitisch im einzelnen geschehen ist, will ich doch auf die Politik für die friesische Volksgruppe näher eingehen. Es gibt zwar keine Definition dieses Begriffes, aber für ihre Angehörigen gilt dasselbe wie für die der deutschen und dänischen Minderheit: Friese ist, wer Friese sein will. Das Bekenntnis ist frei und darf nicht überprüft werden.

Um das in seiner Existenz bedrohte friesische Kulturgut, zu dem vor allem auch die Sprache gehört, zu erhalten und auszubauen, plädiere ich für eine langfristig angelegte, politisch und finanziell abgesicherte Förderung des Friesischen. Diese Förderung muß, an die neue Landesverfassung anknüpfend, von der Festlegung besonderer Volksgruppenrechte und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen der öffentlichen Hände ausgehen. Wie die Regelungen für die beiden nationalen Minderheiten sollte sie europäischen Modellcharakter haben. Ein solches "Modell Nordfriesland" wäre durchaus im Sinne der "Niebüller Erklärung" der nordfriesischen SPD von 1982 und entspräche den bisherigen Prinzipien der Minderheitenpolitik der SPD im Lande.

1990 sind weitere Schritte zu einer kontinuierlichen Landesförderung getan worden:

- Die beiden Friesenvereine werden institutionell gefördert. Gedacht wird daran, diese institutionelle Förderung im Rahmen einer direkten Landeszuwendung für friesische Kulturarbeit zu verstärken.
- Für den Erwerb eines denkmalgeschützten Hauses in Risum-Lindholm und seinen Ausbau zu einem Haus der friesischen Kultur wurden bisher von 1989 bis 1992 rd. 900 TDM zur Verfügung gestellt bzw. zugesagt
- Der Umbau der alten Volksschule in Bredstedt für die Nutzung durch das Nordfriesische Institut wurde zu 90 %, also mit über 1 Mio DM, aus dem Westküstenprogramm finanziert.
- Im Zusammenwirken zwischen dem Bildungsministerium und Vertretern der Friesen wird ein Projekt zur außerschulischen friesischen Spracharbeit entwickelt. Die Kosten in Höhe von 400 - 500 TDM jährlich werden, da es sich um ein Modellvorhaben handelt, vom Bund und wahrscheinlich von der EG mitfinanziert.

- Nach einer zwischen den Institutionen abgestimmten Aufgabenverteilung ist ein Konzept für den personellen und materiellen Ausbau des Faches Friesische Philologie und der Nordfriesischen Wörterbuchstelle an der Kieler Universität, des Friesischen Seminars an der PH Flensburg und des Nordfriesischen Instituts in Bredstedt erarbeitet worden.

Änderung der schleswig-holsteinischen Verfassung

Ich hatte mich in einer Auseinandersetzung mit Karl Otto Meyer, der für eine verfassungsrechtliche Lösung eintrat, für eine "Kieler Erklärung" von Landesregierung und Landtag zugunsten der Friesen ausgesprochen. Inzwischen ist jedoch vom Sonderausschuß des Landtags für die Verfassungs- und Parlamentsreform ein allseits begrüßter Vorschlag zur Änderung des Artikels 5 der Landesatzung vorgelegt worden, der nicht auf das nationale Bekenntnis der Friesen abhebt. Die neue Landesverfassung wird von einer "friesischen Volksgruppe" sprechen, die wie die "nationale dänische Minderheit" unter den "Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände" gestellt wird und "Anspruch auf Schutz und Förderung" hat.

Aus dieser bevorstehenden Verfassungsänderung muß nicht nur das Land Konsequenzen ziehen, sondern auch der Kreis Nordfriesland und seine Gemeinden sowie selbstverständlich die SPD in Nordfriesland, die viele Jahre die Förderung der friesischen Kultur zu ihrer Sache gemacht hat und es jetzt verstärkt weiter tun sollte.

In einem vereinigten Deutschland werden die Friesen und die Sorben die einzigen autochthonen Volksgruppen sein. Dazu kommen die Dänen als nationale Minderheit. Das Grundgesetz enthält im Gegensatz zur Verfassung der DDR keine Bestimmung zu nationalen, ethnischen und

kulturellen Minderheiten. Ich habe die Landesregierung gebeten, im Interesse unserer schleswig-holsteinischen Minderheiten dafür einzutreten, daß entsprechende Bestimmungen in die künftige gesamtdeutsche Verfassung aufgenommen werden.

Förderung der plattdeutschen Sprache

Da zahlreiche Friesen nicht Friesisch (und Plattdeutsch), sondern nur Plattdeutsch sprechen, gehört für diesen Bereich auch die Förderung des Plattdeutschen in meine Zuständigkeit als Minderheitenbeauftragter. Bei unterschiedlichen Gelegenheiten habe ich mich für eine von der Landesregierung zu tragende Kampagne für Plattdeutsch eingesetzt. Wenn nicht konsequente Schritte unternommen werden, besteht die Gefahr, daß Plattdeutsch auch in unserem Land von immer weniger Menschen gesprochen und verstanden wird. Das wäre ein großer kultureller Verlust.

Zusammenarbeit mit den deutschen Grenzvereinen

Zu den deutschen Grenzvereinen zählen der Deutsche Grenzverein, der Grenzfriedensbund, die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) und der Schleswig-Holsteinische Heimatbund (SHHB), dessen Arbeit jedoch weit über die Grenzlandarbeit hinausreicht. Während der Grenzfriedensbund (Vorsitzender Artur Thomsen), historisch bedingt, der SPD nahesteht und die ADS (Vorsitzender Gerd Lausen) sich vorwiegend auf soziale Arbeit beschränkt, wurden die grenzlandpolitische Tätigkeit und die allgemeinpolitische Ausrichtung von Grenzverein (Vorsitzender Dr. Gernot Korthals als Nachfolger von Dr. Hartwig Schlegelberger) und SHHB (designierter Präsident

- 7 -

Kurt Schulz als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Dr. Werner Schmidt) von vielen Sozialdemokraten mit Skepsis betrachtet. Inzwischen haben beide Organisationen, die mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert werden, ihre Positionen verändert bzw. sind dabei, das zu tun.

Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß die SPD wichtige Organisationen im vorpolitischen Raum, die gemeinhin als konservativ gelten, nicht ignorieren darf. Man muß in einen konstruktiven, auch kritischen Dialog mit ihnen eintreten, und man muß, da ihre Mitgliedschaft weit über konservative Kreise hinausreicht, über Mitarbeit in ihnen Einfluß nehmen. Deshalb bin ich seit Jahren Mitglied in Gemen des Grenzvereins und des SHHB. Die Sozialdemokraten dürfen sich aus der umfänglichen kulturellen und grenzlandpolitischen Arbeit dieser beiden Organisationen im Landesteil Schleswig sowie der sozialpolitischen Arbeit der ADS auf keinen Fall heraushalten.

